



T&D Consulting
René Scholz
Working Paper 25-001
12.10.2025

Im Land der Ahnungslosen

Eine Umfrage der Wochenzeitung „Die Zeit“, die diese im Februar 2018 gemeinsam mit der Universität Bonn

veröffentlichte, belegt einmal mehr, dass die Deutschen von „Wirtschaft keinen Schimmer“ haben. (Haman, Stahnke, & Venhor, 2018) Sowohl bei der Schätzung des aktuellen Standes des DAX, also des deutschen Aktienindex, als auch der Inflationsrate sowie weiterer Wirtschaftsdaten lag ein Großteil der Befragten daneben. Tatsache ist aber auch, dass diese Daten laufend und in regelmäßigen Abständen in allen Medien veröffentlicht und diskutiert werden. Man könnte sie also kennen. Fast entsteht der Eindruck, als würden sich die Deutschen kaum für den Zustand der Wirtschaft, und schon gar nicht für wirtschaftliche Zusammenhänge interessieren. Es gehört gleichsam zum guten Ton in Deutschland von Wirtschaft Nichts zu wissen, gleichzeitig aber eine sehr starke Meinung dazu zu haben. Erkennbar wird dies an den teilweise inhaltlich furchtbaren Diskussionen zu ökonomischen Themen, sowohl in TV- Talkrunden als auch im privaten und geschäftlichen Rahmen.

Woran kann das liegen? Nun zum einen wird die Volkswirtschaftslehre von der breiten Masse immer noch nicht

als wirkliche Wissenschaft verstanden, zum anderen sind wir Volkswirte leider oftmals nicht besonders gut darin Zusammenhänge verständlich zu machen. Vielmehr gelten Ökonomen als gefühlskalte Technokraten. Wenn wir beispielsweise erklären müssen, dass Löhne oder Sozialleistungen zu hoch sind, Kündigungsschutzgesetze den Arbeitern eher schaden als nützen, oder die Renten halt doch nicht sicher sind, und deswegen das Renteneintrittsalter deutlich erhöht werden muss, gelingt es uns zu wenig die Dinge verständlich zu machen, gerade wenn es für die Betroffenen unangenehm ist. Ein weiteres Problem, gerade in Deutschland, ist, dass ökonomische Zusammenhänge nicht wissenschaftlich, rational, sondern emotional und ideologisch diskutiert werden. Und da ist es wieder, das Problem mit dem wenigen Wissen aber der starken Meinung, weil Volkswirtschaftslehre eben auch immer etwas mit Politik zu tun hat.

Leider überlagert in den meisten Diskussionen daher die erlernte Ideologie wissenschaftlich erwiesene Zusammenhänge, die den Protagonisten entweder nicht bekannt sind, oder schlichtweg ignoriert werden, weil sie nicht in das erwünschte Weltbild passen. Oftmals erzeugen ökonomische Tatsachen, die eigentlich auf der Hand liegen, auch bloßen Widerstand, weil das Akzeptieren dieser Tatsachen, und die damit notwendigerweise Verbundenen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen als ungemütlich, bedrohlich oder Verschlechterung der eigenen

Situation, zumindest aber als Zwang zum Verlassen der eigenen Komfortzone, angesehen werden.

Hinzu scheint in den letzten Jahren verstärkt eine Art „Wohlstandsverwahrlosung“ um sich zu greifen, die entweder in hedonistischer Art und Weise das eigene (Er)Leben in den Vordergrund rückt, oder aufgrund des scheinbar immerwährenden Wohlstandes, der ganz ohne Anstrengung verfügbar ist, sozialistisch anmutende Umverteilungsphantasien im Sinne eines Schlaraffenlandes für Alle zu Tage fördert. In einer solchen Situation, in der Wohlstand scheinbar von allein entsteht, kann sich eine Gesellschaft offensichtlich auch Gruppierungen wie „Die letzte Generation“, „Die Link“ und immer weiter nach links abdriftende Gewerkschaften leisten, die aufgrund ihrer monothematischen Ausrichtung alles Andere völlig in den geistigen Hintergrund rücken und dabei massive Schäden an der Volkswirtschaft verursachen, ohne an die Konsequenzen zu denken.

Diese breite Unwissenheit oder gar Ignoranz hat nicht nur durch die direkten Handlungen der betreffenden Gruppen unmittelbare Folgen, wie etwa die ökonomischen Schäden, die dadurch entstehen, dass Arbeitnehmer beispielsweise aufgrund der Blockaden der sogenannten „Klimakleber“ verspätet Ihre Arbeitsplätze erreichen. Vielmehr kommt es in Demokratien zu einer Hinwendung der Politik zu den Akteuren und Sympathisanten dieser Gruppen, da man sich auch aus diesem Lager Wählerstimmen erhofft. So kommt es schließlich

zum Einzug ökonomischer Unvernunft in die Politik, die eine ökonomisch ahnungslose Gesellschaft prägt.

Unter dem Aufruf von „Fridays for Future“ zu einem Generalstreik auf der Social Media Plattform Facebook finden sich die üblichen Kommentare von glühenden Anhängern und vehementen Gegner, die nicht über die gängigen Beleidigungen und gegenseitigen Vorwürfe hinaus gehen. Eine Aktivistin, nennen wir Sie Bärbel, kommentiert dann: *„Offensichtlich haben die Leute den Ernst der Lage immer noch nicht kapiert, bei diesen ganzen dummlichen Kommentaren“* Daraus entspinnt sich eine Diskussion mit den Usern Heinz, offensichtlich mit ökonomischer Bildung vorbelastet, und Sandy, einer bekennenden Sozialistin (Natürlich sind die Namen erfunden), die ich Ihnen nicht vorenthalten will:

Heinz: *„Es macht einen erheblichen Unterschied, ob man den Ernst der Lage nicht erkennt, oder nicht mit der Art und Weise des Protestes und den oftmals unbrauchbaren Forderungen einverstanden ist. Auch bei der Bekämpfung der Klimakrise gilt die Forderung Eurer Ikone Greta: „Glaubt der Wissenschaft“. Und die Wissenschaft sagt nun mal, dass die geforderten radikalen Lösungen nicht umsetzbar sind, dass die Ziele und Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens unsinnig sind und es andere Lösungen braucht. Zum Beispiel Anreize für finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer, Investitionen in Klimaschutztechnologien, Green Energy etc. Beides geht nur mit funktionierenden Volkswirtschaften, die eben nicht durch Unsinnige Aktionen blockiert werden. Irgendwer muss das Geld dafür ja erwirtschaften.“*

Bärbel: *„Das mit den Volkswirtschaften ist doch Unsinn, da geht es doch nur um den Konsum und die Anhäufung von Reichtum für Wenige. Das 1,5 Grad Ziel ist wegen dieser Kapitalisten doch eh schon im Arsch! Und die Armen im globalen Süden haben gar Nichts davon“*

Heinz: *„Naja, in der Volkswirtschaft geht es ja nicht nur um Konsum, sondern auch um Staatstätigkeit und Investitionen und Innovationen, derzeit besonders in Umwelt- und Klimaschutz. Und die Unterstützungszahlungen für die Entwicklungsländer müssen auch finanziert werden.“*

Sandy: *„Das ist ja die typisch neoliberale Weltsicht, der alle anderen egal sind, Hauptsache der eigene Profit wird immer größer. Die Reichen sollen dafür bezahlen. Wie brauchen eine Reichen- und Vermögenssteuer für Klimagerechtigkeit. Die Wirtschaft ist schließlich schuld!“*

Heinz erspart sich jeden weiteren Kommentar. Vielleicht setzt sich auf sein Fahrrad, das er jetzt wegen des Klimaschutzes statt eines Autos für den Arbeitsweg nutzt, und fährt nach Hause um sich um sein Gewächshaus zu kümmern.

Geschichten wie diese sind es, die uns zeigen, warum Gruppen wie „Fridays for Future“, die ja hier nur als Beispiel dienen, ihre eigenen Ziele nicht erreichen können. Man verweigert sich jeglicher ökonomischen Vernunft, weil sie nicht in das eigene monothematisch vernebelte Weltbild passt. Dabei läge gerade beim Klimaschutz die Lösung in der Ökonomie und nicht in absurden, unrealistischen Forderungen an die nationale und internationale Politik.^[1]

Ähnliche Reaktionen kann man zuverlässig beobachten, wenn es um andere (volks-) wirtschaftliche Sachverhalte geht. So müssen Ökonomen immer mit einem Shitstorm rechnen, wenn sie, inhaltlich völlig korrekt, anmerken, dass die Lebensarbeitszeit verlängert werden muss. SPD, Linke und Grüne Jugend können offensichtlich den Reflex nicht unterdrücken jegliches wirtschaftspolitisches Problem mit einer Vermögenssteuer lösen zu wollen. So forderte die damalige SPD Vorsitzende Saskia Esken diese absurderweise auch in einem Interview im ZDF Mittagmagazin am 9.11.22 um dafür zu sorgen, dass es gerade vor dem Hintergrund der Energiekrise, gerecht zuginge. Dabei vergisst Frau Esken immer wieder, welche Folgen eine solche Steuer hat, und wer diese Folgen letztendlich zu tragen hat. Den Unterschied zwischen der Zahllast und der Traglast einer Steuer ignoriert sie dabei nämlich einfach weg. Ob aus politischem Kalkül oder aus Unwissenheit können wir Alle von außen nicht beurteilen.

Der Ursprung der Misere

Diese derartige wirtschaftliche Ahnungslosigkeit weiter Teile der deutschen Gesellschaft und die standhafte Weigerung sich mit grundlegenden ökonomischen Zusammenhängen zu befassen ist verwunderlich. Grund genug sich auf Ursachenforschung zu begeben.

Ein Grundstein für die ökonomische Nicht-Bildung wird bereits seit den Tagen Alexander von Humboldts an den allgemeinbildenden Schulen gelegt, der eine strikte Trennung zwischen der „wahren Bildung“ und der „Brotbildung“, forderte. Humboldt ging dabei so weit, die berufliche Bildung aus den Königsberger und litauischen Schulplänen zu verbannen. *„Was historisch die berufliche Bildung treffen sollte, richtet sich heute gegen die ökonomische Bildung“*. (Retzman & Seeber, 2022) Seit sich mehrere Organisationen und Akteure um eine Aufwertung der ökonomischen Bildung bemühen erhöht sich der Widerstand dagegen erheblich. Völlig unumstritten ist Wirtschaftsunterricht nur an berufsbildenden Schulen, schließlich steht dort die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt im Vordergrund. In allgemeinbildenden Schulen wird die Einführung eines eigenen, für sich stehenden Unterrichtsfaches „Wirtschaft“ von unterschiedlichsten Interessengruppen mit absurden Forderungen geradezu bekämpft. So soll immer wieder der Nachweis erbracht werden, dass ökonomische Bildung einen Beitrag zur Erfüllung des Bildungsauftrages leistet. Dabei wurde dieser Nachweis bereits mehrfach erbracht. *„Nicht zuletzt bewertete die*

Kultusministerkonferenz die ökonomische Bildung als „unverzichtbaren Bestandteil der Allgemeinbildung“ und trug den Bundesländern deren Integration auf, legte aber nicht fest, wie diese erfolgen sollte. Damals wie heute behauptet die KMK, die Wirtschaftsbildung sei an den Schulen bereits fest verankert. Der Auftrag gilt unabhängig davon als erfüllt, ob eine Behandlung im eigenständigen Unterrichtsfach oder in bereits bestehende Fächer erfolgt oder durch außercurriculare Aktivitäten oder durch Kooperationen mit außerschulischen Partnern gewährleistet wird.“ (Retzman & Seeber, 2022) Im Ergebnis bedeutet das, dass es keine einheitlichen Ansätze für die Integration ökonomischer Bildung in allgemeinbildende Curricula gibt. Blockiert wird die Einführung eines einheitlichen Faches Wirtschaft unter anderem von den Gewerkschaften. Sie fordern die Einbettung in den Politikunterricht. Sogar ein Verbundfach Politik UND Wirtschaft wird kategorisch abgelehnt. (Vorstand der IG Metall (HrsG), 2010). Offenkundig befürchten die Gewerkschaften eine zu wirtschaftswissenschaftliche Ausrichtung des Unterrichts, die die Schüler natürlich auch mit dem Modell des strikt rational handelnden Menschen, den Wirkungen der Marktkräfte, der Theorie der Haushalte und Unternehmen bringen würde. Dinge, die nicht unbedingt der Ideologie der Gewerkschaften entsprechen. Ein großes Problem hierbei sind auch Lehrstühle und Professoren, die mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. *„Einzelne Professor/innen assoziierten die von ihnen so genannte „orthodoxe“ ökonomische Bildung gar mit Gehirnwäsche, sofern sie die „wirtschaftswissenschaftliche Orthodoxie“ unreflektiert spiegle und den Schülerinnen und*

Schülern die „orthodoxe Perspektive“ in Anbetracht der Schulpflicht aufzwingen.“ (Hedtke, 2012) Einlassungen wie diese findet man aus derselben politischen Richtung immer wieder. Wissenschaftliche Erkenntnisse der Volks- und Betriebswirtschaftslehre werden negiert und geradezu als Hexenwerk gebrandmarkt, weil sie nicht in das Weltbild der Autoren oder ihrer Auftraggeber passen. Es wirkt ein wenig wie die Kirche, die sich im Mittelalter und der frühen Neuzeit etwa der Erkenntnisse von Galileo Galilei verweigerte und ihn sogar durch die Inquisition verfolgen ließ. Damals wie heute gilt, dass die Verweigerung der Anerkennung rein ideologische und machtpolitische Motive hat. Offensichtlich scheinen einige Interessengruppen eine breite ökonomische Bildung als Bedrohung wahrzunehmen. Man versucht einem Großteil der Bürger wirtschaftswissenschaftliches und wirtschaftspraktisches Grundwissen zu verweigern. Warum? Und warum kommt der Widerstand ausgerechnet aus dem linken politischen Spektrum? Eigentlich würde man erwarten, dass gerade hier ökonomische Bildung erwünscht ist, um die proletarischen Massen vor den Umtrieben des Kapitalismus zu schützen. Dabei könnte das Wissen um wirtschaftliche Grundzusammenhänge hilfreich sein. Diese passen aber oft nicht zum Narrativ der einflussreichen Linken in der Bildungspolitik, Kultusministerien und der organisierten Lehrerschaft, die daher behaupten „die Wirtschaft“ (eine Floskel über den später noch zu reden sein wird) würde ökonomische Bildung nur deswegen in Lehrpläne verankern wollen, um willfähige, leistungsfähige Arbeiter heranzuziehen, deren Ausbildung sie den Schulen aufbürden wolle.

Galileos berühmter Satz: „Und sie bewegt sich doch“ ist am Ende aber eine vollkommen richtige Erkenntnis, die letztlich auch die Kirche anerkennen musste, auch wenn sie Galileo erst Jahrhunderte später rehabilitierte. (Späte Anerkennung- Vor zwanzig Jahren rehabilitierte Rom Galileo Galilei, 2015)

Ergebnis der mangelnden wirtschaftlichen Grundbildung an den allgemeinbildenden Schulen ist, dass alldiejenigen, die sich später nicht für eine kaufmännische Ausbildung, den Besuch einer wirtschaftlich ausgerichteten Berufsfachschule oder gar ein wirtschaftswissenschaftliches Studium entscheiden, keinerlei Berührung mehr mit dem Thema Wirtschaft haben, was die Ergebnisse der bereits erwähnten Umfrage erklären kann. Betrachtet man den Anteil der Berufsgebiete der deutschsprachigen Bevölkerung ab vierzehn Jahren mit wirtschaftlichem Bezug, so beschäftigten sich 17,2% mit Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre oder kaufmännischen Fragen. 5,5% mit Management und Personalführung und noch einmal 4,2% mit Werbung und Marketing. In der Summe waren das 26,9 %, also gerade einmal ein bisschen mehr als ein Viertel der deutschsprachigen Berufstätigen. (Statista, 2020)

Wirtschaftliche Berufe stehen damit zwar an der Spitze aller Berufe, ihr Anteil insgesamt ist aber gering. Aufgrund der fehlenden ökonomischen Bildung durch die allgemeinbildenden Schulen kann davon ausgegangen werden, dass etwa dreiviertel der Bevölkerung nur rudimentäres oder gar kein selbst erlerntes

wirtschaftsbezogenes Wissen hat, da eine aktive Auseinandersetzung mit wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhängen nicht stattgefunden hat. Diese große Personengruppe ist somit, was Volks- und Betriebswirtschaftliche Themen angeht, auf Das angewiesen, was in den Medien zu lesen, hören und zu sehen ist, oder übernimmt Meinungen, Einstellungen und Ideologien von Einflussgruppen wie fachfremden Pädagogen (Sozialkunde-, Deutsch- und Geschichtslehrer sind da manipulativ sehr begabt) Eltern oder Freunden. Das sind aber meist keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern wertende Meinungen, die aufgrund der Beziehungskonstellation oftmals unkritisch als korrekt akzeptiert werden. Auch Filterblasen in sozialen Netzwerken spielen hier mittlerweile eine erhebliche Rolle. (Breyer, Holderried Anika, Schmid, & Mutschler, 2019)

Wer ist eigentlich diese „Wirtschaft“?

Die oben beschriebene Misere in der Bildungspolitik führt am Ende dazu, dass junge Erwachsene, die irgendwann ältere Erwachsene werden nie in Kontakt mit Wirtschaftstheorie kommen und deswegen grundlegendste Zusammenhänge nicht erfassen können. Wirtschaft wird in der Folge als etwas verstanden, mit dem man Nichts zu tun haben muss und will. Für Viele ist Wirtschaft in etwa so wie Fußpilz. Man weiß, dass er existiert, aber man will ihn nicht haben. Nun kann man gegen Fußpilz Vorsorge treffen und sich entsprechend verhalten, um eine Auseinandersetzung damit aus dem Weg

gehen zu können. Daher rührt wohl auch der oftmals seltsame Sprachgebrauch:

„Die Wirtschaft muss ihren Beitrag leisten.“, „Die Wirtschaft sollte dringen akzeptieren, dass die Arbeitnehmer Dies und Jenes benötigen.“, „Die Wirtschaft sollte unbedingt darauf achten, dass....“ und so weiter. In einem Lied der Band „Wise Guys“ aus der modernen Kirchenmusik Szene kann man sogar hören: *„Die Hoffnung bleibt, dass die Wirtschaft mal kapiert, dass sie nicht wachsen kann, wenn sie die Welt zerstört.“* (Guys)

All diese Aussagen haben eines gemein. Sie suggerieren die Existenz irgendeiner Gruppe oder Institution namens Wirtschaft, die irgendwie unheimlich ist oder gar Übles im Schilde führt. Zum Beispiel so etwas wie Wirtschaftswachstum. Und mit diesen Leuten will man sich lieber nicht gemein machen. Eine seltsame Haltung, denn wir alle sind Teil dieser Wirtschaft, egal ob wir es wollen oder nicht. Jeden Morgen im Badezimmer könnte einem das deutlich werden. Denn wenn man in den Spiegel blickt, seine Zahnbürste mit Zahnpasta bestreicht und dann all die schönen Kosmetikprodukte benutzt, ist man ein wesentlicher Teil der Wirtschaft. Ein Konsument, der Produkte gekauft hat und nutzt, die Unternehmen hergestellt, transportiert oder gehandelt haben ist ein Teil der Wirtschaft. Und auch die Landwirtschaft, die für uns Lebensmittel erzeugt sind genauso ein Teil der Wirtschaft wie das Finanzministerium, die gesetzlichen Sozialversicherungen oder jede Bank. Man kann sich dem schlicht nicht entziehen. In dem Augenblick, in dem

wir Lebensmittel konsumieren, die wir nicht selbst angebaut haben, Kleider tragen, die wir nicht in eigenem Anbau gezogener Baumwolle selbst hergestellt haben oder auch First Class nach Bali reisen machen wir bei dem mit was wir Wirtschaft nennen. Wirtschaft, wie wir Sie heute kennen, bedeutet am Ende Nichts anderes als die Sicherstellung der Versorgung der Menschen mit Gütern, ohne das Einzelne sich um die Erzeugung jedes Gutes, welches Sie konsumieren wollen, selbst kümmern müssen. Eigentlich eine sehr einfache Erkenntnis, wenn man ihr sich nicht verweigert und die obigen Zitate ein wenig umformuliert. Bei den Wise Guys müsste es dann nämlich heißen:

„Die Hoffnung bleibt, dass wir mal kapieren, dass wir nicht immer mehr konsumieren und an Reichtum anhäufen können, wenn wir dabei die Welt zerstören“.

Hier geht aber der Komfort verloren sämtliche Probleme wie die Umweltzerstörung, die Klima- oder Energiekrise, soziale Ungerechtigkeit oder gar Armut genauso auf die Wirtschaft und ihr Verhalten zu schieben wie die Abholzung des Regenwaldes. Das Alles passiert, weil die Wünsche der Konsumenten, also Ihre und meine, Unternehmen und deren Eigner, im Falle einer Aktiengesellschaft vielleicht Sie und mich, dazu bringen ökonomisch zu handeln. Das ist in der heutigen Zeit nicht unbedingt ökologisch oder sozial gerecht, denn die Konsumenten wollen für die empfangenen Güter möglichst wenig bezahlen. Hinzu kommt, dass in vielen Ländern eine immer geringere Zahl arbeitender Menschen eine immer größere Zahl an Leistungsempfängern versorgen muss. Auch

das führt zwangsweise dazu, dass Wirtschaft immer effizienter werden muss, um Alle zu versorgen.

Um das Thema Wirtschaft und die Rolle jedes Einzelnen darin zu begreifen, muss man sich vielleicht zunächst drüber klar werden, warum wir überhaupt wirtschaften müssen.

[1] Siehe: Das Pariser Klimaabkommen